

18. Lernstatt Demokratie. Arbeitstagung und Preisverleihung 2008

Münster. Zum Abschluss des jährlichen Projektgruppentreffens fand am 7. Juni diesen Jahres die Preisverleihung für ca. 60 schulische Initiativen im Rathaus und in der Bezirksregierung Münster statt. Für die 120 teilnehmenden Schülerinnen und Schüler sowie 80 Lehrkräfte war es ein beeindruckender Moment, als im Friedenssaal, wo 1648 ein Teil der Verträge des Westfälischen Friedens am Ende des Dreißigjährigen Krieges unterzeichnet worden waren, der Oberbürgermeister Dr. Tillmann und Prof. Peter Fauser (Jena) den Zusammenhang von Demokratieentwicklung, Rechtsstaat und europäischer Friedensordnung der Neuzeit erläuterten.

Zuvor hatten die vom veranstaltenden Förderprogramm „Demokratisch Handeln“ Eingeladenen vier Tage in den Räumen der Friedensschule Münster, einer bischöflichen Gesamtschule, miteinander an aktuellen Themen der Gefährdung und Verteidigung von Demokratie gearbeitet. Treffen und Preisverleihung bildeten den Abschluss der Ausschreibung 2007 „Gesagt, Getan! Gesucht werden Beispiele für Demokratie in der Schule“. Die Gewinnergruppen deckten ein großes Spektrum ab; sie kamen aus nahezu allen Bundesländern: von Mecklenburg-Vorpommern bis Bayern; sie repräsentierten alle Schulformen: von der Grundschule bis zu Berufsschule; sie repräsentierten ein großes Inhaltsspektrum: von der Umweltproblematik über Menschenrechtsfragen bis zur Sozialpolitik.

Die 1. Lernstatt war 1991 direkt nach der „Wende“ in Bonn veranstaltet worden. Diese Art des Jahrestreffens der ausgezeichneten Projektgruppen wurde 2008 zum 18. Mal durchgeführt. Eine Lernstatt kombiniert Projektpräsentationen, Workshops zu neuen Themen, Musik und Kabarett mit Politikergesprächen. Projektthemen von Preisträgern in Münster lauteten zum Beispiel: „Die Spaltung der Stadt – ein Sozialindikatorenindex“ (Schulzentrum Walliser Straße in Bremen), „Wir planen einen Natur- und Er-

lebnispausenhof“ (James-Loeb-Grundschule in Murnau/Bayern), „Der Faire UmweltSCHULaden – FUSCHL“ (Gesamtschule Scharnhorst in Dortmund), „Der Kampf um das Verbot von Landminen“ (Schiller-Gymnasium in Weimar). Für jeden Beobachter der Tage in der Friedensschule war es beeindruckend, in welcher Atmosphäre von Respekt und Engagement die beteiligten Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen miteinander gearbeitet haben.

Das Konzept des Förderprogramms erläutert Dr. Wolfgang Beutel, langjähriger Leiter der Geschäftsstelle in Jena so: „Demokratie muss mehr sein als eine Staatsform. Sie muss als Lebensform und als Gesellschaftsform praktiziert, begriffen und täglich erneuert werden. Dazu ist demokratisches Handeln aller Bürgerinnen und Bürger notwendig. Schülerinnen und Schüler sowie Jugendliche müssen die Chance haben, Demokratie von klein auf als Qualität des gelebten Alltags zu erfahren, durch eigenes Tun für die Demokratie aktiv zu werden und Verantwortung zu übernehmen. Nur so können sie die Überzeu-



Friedenssaal des Rathauses von Münster am 7.6.2008: Zwei Grundschülerinnen zeigen Dr. Hildegard Hamm-Brücher ein Ergebnis ihrer Projektarbeit.

gung gewinnen, dass es auf sie ankommt und dass ihr Engagement lohnt.“

Ein Träger und Förderer von „Demokratisch Handeln“ ist die Theodor-Heuss-Stiftung. Diese wurde 1965 unter dem Vorsitz von Hildegard Hamm-Brücher gegründet. Als die fast 88jährige am 7. Juni 2008 im Friedenssaal des Münsteraner Rathauses ohne Mikrofonunterstützung berichtete, wie der spätere Bundespräsident Prof. Theodor Heuss sie 1945 ermuntert hatte, politisch aktiv zu werden, war es mucksmäuschenstill unter den Kindern und Jugendlichen. Und allen wurde klar, aus welchen Quellen demokratisches Handeln sich speist und welchen langen Atem es braucht.

Der Wettbewerb für die 19. Lernstatt in Jena 2009 wird schon vorbereitet: <http://www.demokratisch-handeln.de>.

KMK-Fachprofil Sozialkunde/Politik/Wirtschaft für das Lehramtsstudium diskussionsbedürftig

Bonn. Eine Ad-hoc-Gruppe der AG Lehrerbildung der KMK hat im Frühsommer dieses Jahres Entwürfe für „Länderübergreifende Anforderungen für die Fachwissenschaften und deren Didaktiken in der Lehrerbildung“ zu insgesamt 19 Fächern und Bereichen entwickelt. Sie wurden in der Regel von jeweils zwei Experten pro Fach erarbeitet. Vor den Sommerferien hat die KMK diese Texte den bundeweit aktiven Fachverbänden mit der Bitte um Stellungnahme zugeleitet.

Ziel dieser „Anforderungen“ ist es, das Kompetenzprofil und den Kern der fachlichen Inhalte jedes Faches so zu beschreiben, dass über die Grenzen der 16 Bundesländer hinweg die Standards für das Studium als erste wissenschaftliche Phase der Lehrerausbildung an den Hochschulen einheitlich und verbindlich beschrieben sind.

Ein Professor aus Rheinland-Pfalz und ein Professor aus Berlin zeichnen für den Entwurf des zwei Seiten umfassenden Fachprofils Sozialkunde/Politik/Wirtschaft in den Sekundarstufen I und II verantwortlich. Dieses Fachprofil formuliert acht übergreifende Kompetenzen und zu acht Hauptbereichen fachlicher Studieninhalte jeweils 2 bis 6 Teilbereiche – aufgeteilt nach Sekundarstufe I und Sekundarstufe II. Die Fachdidak-

tik ist gleichfalls mit fünf Teilbereichen definiert.

Der erfahrene Curriculumentwickler sieht sofort, dass dieser Entwurf von großer Tragweite und äußerst diskussionsbedürftig ist. Nur ein Beispiel: Da werden im Expertenvorschlag einerseits vier Teildisziplinen der Politikwissenschaft (Ideengeschichte/politische Theorie, Politisches System insbesondere der BRD, Vergleichende Systemlehre, Internationale Politik) zum verpflichtenden Kern gezählt und andererseits Soziologie und Ökonomie auf einer Stufe mit Geschichte und Recht lediglich nachgeordnet zu Bezugswissenschaften des Fachstudiums gerechnet. Gesellschaftsbezogene Inhalte kommen „konsequenterweise“ im Entwurf unter den Hauptbereichen dann auch gar nicht mehr vor. Damit verlässt der Entwurf jenen Konsens, den die Einheitlichen Prüfungsanforderungen in der Abiturprüfung (EPA) der KMK jahrzehntelang und jüngst wieder offen für verschiedene Konzeptvarianten festgelegt hatte: Zu Sozialkunde/Politik im Abitur gehören demnach die Inhaltsbereiche Politik, Gesellschaft und Wirtschaft (KMK 2005, S. 11). Aus der DVPB heraus wird deshalb unter anderem die Frage gestellt: Müssen demnächst Lehrer/innen der Politischen Bildung an der Universität ganze Sachgebiete nicht mehr studieren, in denen gleichwohl ein Abiturient im gleichen Fach aber geprüft werden könnte?

Um das zu verhindern, hat der DVPB-Bundesvorstand in einer schriftlichen Stellungnahme an die KMK vom Juli 2008 gefordert, dass „die gleichwertige Berücksichtigung der gesellschaftlichen und ökonomischen Dimension als gleichwertige Variante weiterhin möglich“ bleibt.

Hans-Joachim von Olberg

50. Ausgabe der DVPB-Bundeszeitschrift

Opladen und Braunschweig. Heft 2/2008 war die 50. Ausgabe unsere Zeitschrift. Das Bild oben rechts zeigt den Titel der ersten Ausgabe, die noch etwas bieder „DVPB aktuell. Report zur politischen Bildung“ hieß. Erst mit Heft 1/2000 bekam die Zeitschrift ihren heutigen Namen „POLIS“.

DVPB aktuell

REPORT ZUR POLITISCHEN BILDUNG 1/97



Modernisierung der politischen Bildung:
Unsicherheit kann eine große Chance sein: Interview mit Ulrich Beck
Stichwort: Modernisierung
Aufwachen in der Postmoderne
Modernisierung als Thema von Schulbüchern
Das Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung
Informationen aus dem Verband
Literatur

Wolfgang Leske • Rüdiger • Opladen • G 435 98 • ISSN 1433-3720

Vorbereitungen zum Bundeskongress vom 12. bis 14. März 2008 in Halle

Berlin und Oldenburg. Der Bundesvorstand der DVPB und die Bundeszentrale für Politische Bildung bereiten gegenwärtig unter Hochdruck den 11. Bundeskongress für Politische Bildung vor. POLIS berichtete, dass er vom 12.–14. März nächsten Jahres in Halle an der Saale (Sachsen-Anhalt) stattfinden wird. Er wird unter dem Leitthema „Entgrenzungen. Gesellschaftlicher Wandel in Vergangenheit und Gegenwart“ stehen.

Der Bundesvorstand teilt nun mit, dass Einladung, Programm und Anmeldeunterlagen im Dezember an alle Mitglieder der DVPB per Post verschickt werden. Zusätzlich wird im Heft 4/2008 von POLIS, das vor Weihnachten ausgeliefert wird, eine Übersicht der Plenumsveranstaltungen, Sektionen und workshops veröffentlicht. Im Zusammenhang mit dem Bundeskongress wird auch die Bundesdelegierten-Versammlung der DVPB zusammenkommen. Dieses höchste Beschlussgremium des Verbandes fällt Grundsatzentscheidungen und wählt den Bundesvorstand. POLIS 2/2009 wird ausführlich über die Höhepunkte der Veranstaltung berichten.

vO